

mals Ende November letzten Jahres in Erscheinung trat. Um diese neue Gruppierung innerhalb der Terrorszene des Landes ranken sich zahlreiche Gerüchte. Einige Beobachter sind der Ansicht, PRRA sei eine Neuschaffung der Streitkräfte und solle für die von ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen herhalten. Die Regierung bezeichnet PRRA als eine mit der JVP rivalisierende Gruppierung, der abtrünnige Mitglieder der JVP angehören sollen.

Daß nicht nur die JVP, die Streitkräfte oder PRRA für Gewalttaten verantwortlich sind, meint Dr. Neville Fernando. Er war am Vortag der Wahl nur knapp dem Tode entgangen, als in seinem Haus in Panadura, 25 km südlich von Colombo, sieben Menschen im Kugelhagel einer Todesschwadron ums Leben kamen. Für Fernando, einem ehemaligen Abgeordneten der UNP, seit einiger Zeit aber Mitglied der oppositionellen SLFP, steht fest, daß UNP-Leute für den Anschlag verantwortlich sind. Offen nennt er ihren Parlamentsabgeordneten, dessen Fahrzeug am Tatort von Augenzeugen erkannt wurde. "Weil ich Bandaranaikes Wahlkampf unterstützte, sollte ich umgebracht werden", sagt er noch sichtbar benommen nur wenige Stunden nach dem Vorfall in seinem Haus. Dort geht es zu wie in einem Wespennest; Menschen kommen, um zu kondolieren, andere, um sich die noch frischen Spuren des Blutbades anzuschauen. Zwischen den bedrückenden Szenen präsentieren junge Männer nicht ohne Stolz ihre Gewehre. "Ja es ist fast wie in Chicago", antwortet Fernando auf die Frage, ob jetzt SLFP-Parteihelfer auch bewaffnet seien. "Mittlerweile besitzen alle möglichen Leute in diesem Land Waffen." Nach dem Vorfall habe die Polizei, die alleine nicht mehr für die Sicherheit von Personen garantieren könne, noch zusätzliches "Material" ausgegeben, "wir müssen uns doch schließlich verteidigen können." Mervyn Cooray, der beschuldigte UNP-Abgeordnete, bestreitet, er und seine Leute hätten irgendetwas mit dem Anschlag zu tun. "Ich war selber im Februar Opfer eines Anschlages", sagt er und zeigt seine gerade verheilten Schußverletzungen.

Die SLFP-Vorsitzende und Präsidentschaftskandidatin Sirimavo Bandaranaike nennt weitere Fälle: In den Orten Walasmulla, Dambulla, Ratota und Passara seien Wahlhelfer ihrer Partei ermordet worden. Auch hier habe sie keine Zweifel, "daß die Mörder von der UNP sind". Ferner seien Mitglieder und potentielle Wähler ihrer Partei eingeschüchtert worden, "mit Fairneß hat das nichts mehr zu tun", erklärt sie auf einer Pressekonferenz, nachdem der Sieg von Premadasa feststeht. "Wäre alles mit rechten Dingen zugegangen, so würde ich heute vor Ihnen als neue Präsidentin sitzen", sagt sie enttäuscht und mit dem ihr eigenen Stolz und nennt noch zahlreiche weitere Verstöße gegen das Wahlgesetz. All das sei ausreichend, um vor dem Obersten Gerichtshof die Wahlen für Null und Nichtig erklären zu lassen (siehe Kasten: "Bandaranaike: Die Wähler haben ihr Leben riskiert").

Die UNP sieht dem Ganzen gelassen entgegen und be-

Bandaranaike: "Die Wähler haben ihr Leben riskiert".

"Die Hoffnungen der Menschen dieses Landes, die unter der elfjährigen Amtszeit der UNP gelitten haben und glaubten, daß nunmehr eine neue Ära beginnen werde, sind nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen zumindest vorübergehend zunichte gemacht worden. Weil eine außergewöhnlich große Zahl von Stimmberechtigten nicht wählen konnte, habe ich den Wahlleiter gebeten, den Sieger der Wahl solange nicht zu verkünden, bis die Wahlen auch in diesen Wahlbezirken abgeschlossen worden sind (...).

Ich habe bereits Informationen über zahlreiche Unregelmäßigkeiten erhalten, die den normalen Verlauf der Wahlen unmöglich machten. Ich möchte hier betonen, daß die 'Sri Lanka Freedom Party' und die 'Democratic Peoples' Alliance' das Ergebnis der Präsidentschaftswahl nicht akzeptieren (...) Staatliche Macht ist so genutzt worden, daß die Mehrheit des Volkes keine Möglichkeit besaß, frei von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Obwohl bei den vorhergehenden Präsidentschaftswahlen 80 % der Stimmberechtigten zur Wahl gingen, haben bei den jetzigen Wahlen lediglich 55 % gewählt. Dies ist ein klares Anzeichen dafür, daß die Mehrheit der Wähler daran gehindert war, ihre Stimme abzugeben.

Aus den uns bisher vorliegenden Ergebnissen geht hervor, daß die Präsidentschaftswahlen nicht so durchgeführt wurden, wie es hätte sein sollen. Weil es ausreichend Beweise dafür gibt, haben mir meine Rechtsanwälte geraten, die Wahl des UNP Kandidaten für Null und Nichtig erklären zu lassen. Ich erkläre deshalb, daß wir bald auf der Grundlage der uns vorliegenden Beweise den Obersten Gerichtshof anrufen werden, damit dieser diesbezüglich eine Entscheidung trifft.

(...) Ich möchte hier meine tiefste Dankbarkeit und die der 'Sri Lanka Freedom Party' und der 'Democratic Peoples' Alliance' für diejenigen zum Ausdruck bringen, die mich gewählt haben. Sie haben dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt und es geopfert und sich so aufopferungsbereit gegen die Drohungen und Einschüchterungen derjenigen widersetzt, die die staatliche Macht genutzt haben... (Presseerklärung Sirimavo Bandaranaikes vom 21.12.1988).

streitet die Vorwürfe. Hohe Funktionäre machen ihrerseits die SLFP für eine Reihe von Gewalttaten verantwortlich. So seien SLFP Leute für den Mord an elf UNP Parteigängern im kleinen Dorf Nildandahinna in der Zentralprovinz wenige Tage vor der Wahl verantwortlich und außerdem könne Frau Bandaranaike wohl ihre Niederlage nicht eingestehen.

Offen gegen Terror

Der Kandidat, der sich als einziger offen gegen den Terror der "faschistischen JVP" wandte, wurde selber